

Kaukasische Verwicklungen

Erhard Crome

In der Nacht vom 7. zum 8. August begann georgisches Militär die Hauptstadt Südossetiens, Zchinwali, mit Mörsern zu beschießen, anschließend wurden Haubitzen und 122-mm-Raketen eingesetzt und am Ende drangen Kampfpanzer in die Stadt ein, die vor Kriegsbeginn 30.000 Einwohner hatte. Am Nachmittag verkündete Georgiens Präsident Saakaswili voller Stolz, dass sein Land nun die Stadt und den größten Teil Südossetiens kontrolliere. Den Separatisten und ihrer russischen Schutzmacht werde eine Lektion erteilt. In der Folge drängten russische Truppen die georgischen Einheiten in Südossetien zurück, bombardierten georgisches Territorium, darunter den Militärflughafen von Tbilissi, errichteten eine Seeblockade vor der georgischen Küste und rückten schließlich auch auf das sogenannte georgische Kernland vor. Der russische Präsident Medwedjew sagte, Russland werde „das Leben und die Würde seiner Bürger schützen“ – eine Formel, die bei Interventionen der USA immer gern benutzt wurde – und es würden „Schuldige bestraft“ werden, eine im Westen ebenfalls nicht unbekanntes Floskel.

Am Abend des 9. August forderte Saakaswili – angesichts des völligen Fiaskos der georgischen Militäraktion – mit pathetischer Geste, die USA müssten einschreiten und in Georgien nunmehr „ihre Werte“ verteidigen. US-Präsident Bush rügte Russland, forderte allerdings den Rückzug aller Beteiligten zum „Status quo des 6. August“, d. h. nicht nur der russischen Truppen, sondern auch der georgischen auf den Stand vor Beginn des Krieges. Sein Verteidigungsminister Robert Gates erläuterte am 14. August auf eine entsprechende Journalistenfrage hin, die USA hätten 45 Jahre sehr hart daran gearbeitet, einen militärischen Konflikt mit Moskau zu vermeiden, und sähen „keinen Grund, diesen Ansatz heute zu ändern“ – mit anderen Worten: Die USA werden sich nicht Georgiens wegen auf einen Krieg gegen Russland einlassen.

Die Stadt Zchinwali und andere Orte in Südossetien und Georgien liegen derweil in Trümmern. Die Rede ist von 1600 oder gar über 2000 Todesopfern. 30.000 Menschen aus Südossetien sind nach Russland geflohen, das UN-Flüchtlingskommissariat geht von insgesamt etwa 100.000 Flüchtlingen aus.



Dr. Erhard Crome,
geb. 1951,
Rosa-Luxemburg-
Stiftung.
crome@rosalux.de

Georgien und Russland haben einen Sechs-Punkte-Plan zur Beilegung der Krise akzeptiert, zu dessen Zustandekommen auch die EU beitrug. Der Status von Südossetien und Abchasien, das ebenfalls auf Unabhängigkeit von Georgien besteht, ist darin bewusst offen gelassen.

Um diesen Krieg zu verstehen, sind jenseits der tagespolitischen und interessengeleiteten Propaganda der verschiedenen Seiten vier Aspekte von Bedeutung: das Problem des Nationalismus im Osten Europas nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Realsozialismus, Eigenheiten des nach-kommunistischen politischen Personals, das Vorgehen des Westens und das Agieren Russlands.

Der „neue“ Nationalismus

In der Schlussphase des Realsozialismus rückte die nationale Frage, die seit 1945 gleichsam eingefroren war, wieder auf die europäische Tagesordnung, beginnend mit der deutschen Einheit und sich fortsetzend im Zerfall der multinationalen Staaten im Osten Europas.

Der Realsozialismus hatte mit seinem deklarierten Internationalismus multinationalen Staaten wie der Sowjetunion, Jugoslawien und der Tschechoslowakei eine eigene ideologische Grundlage gegeben. So war es in gewissem Sinne folgerichtig, dass gerade diese Staaten nach dem Ende des kommunistischen Herrschaftssystems in ihre nationalen Bestandteile zerfielen. In der Sowjetunion und Jugoslawien gab es jedoch nicht nur die „Titularnationen“, die die jeweilige Republik kulturell trugen und eine nationale politische Elite stellten, sondern weitere nationale Einheiten. Sie verfügten nach der sozialistischen Verfassung über Autonomierechte, nicht aber über Staatsqualität, die zum Austritt aus der Union berechnete.

Das Volk der Osseten war in der Sowjetunion in zwei Teile geteilt: Nordossetien war Autonome Republik im Rahmen der Russischen Föderation, Südossetien Autonomes Gebiet innerhalb der Republik Georgien. Schon im November 1989 beschloss der Oberste Sowjet Südossetiens, Republikstatus anzunehmen und sich von Georgien zu trennen. Es kam bereits zu ersten Kämpfen, zu einem blutigen Krieg 1990/91. Im Januar 1992 und im November 2006 sprachen sich die Südosseten in zwei Referenden mit 90 bzw. 99 Prozent für die Lostrennung

von Georgien aus. Im Kern geht es um die Vereinigung mit Nordossetien unter dem Dach Russlands. Georgiens Präsident Schewardnadse hatte 1992 den Krieg beendet und Vereinbarungen mit den Präsidenten Russlands und Südossetiens über Waffenstillstand und eine Friedenstruppe getroffen. Abchasien erklärte sich 1992 für unabhängig, nach dem Einmarsch georgischer Truppen fand 1992/93 ein blutiger Krieg statt, der 1994 mit einem Waffenstillstand unter Vermittlung der UNO endete. Seither waren beide Gebiete faktisch unabhängig von der Regierung in Tbilissi.

Präsident Saakaswili machte es zu einem seiner Hauptziele, Südossetien und Abchasien wieder nach Georgien einzugliedern. Deren gewählte Parlamente und Regierungen lehnten dies kategorisch ab. Der georgische und der ossetische bzw. abchasische Nationalismus, der jeweils auf den eigenen Staat zielt, sind inkompatibel. Insofern ist es eine Frage der Macht und des militärischen und politischen Kräfteverhältnisses, welcher sich durchsetzt.

Politisches Personal

Als Bischof Remigius 496 den Frankenkönig Chlodwig taufte, gab er ihm mit auf den Weg: „Bete an, was du verbrannt hast, und verbrenne, was du angebetet hast!“ Viele Biografien in den nach-kommunistischen Gesellschaften folgten diesem Muster. So ist es kein Wunder, dass ehemals die sozialistische Sowjetunion verteidigende Kader zu neoliberalen Bekennern wurden und durch besonders eifrige Anlehnung an die EU und/oder die USA eine Anbindung an den Westen erhoffen. Michail Saakaswili, der heutige Präsident Georgiens, ist der Sohn eines Mediziners und einer Geschichtspräsidentin. Er studierte am Institut für Internationale Beziehungen in Kiew (das nach dem Muster des entsprechenden Instituts in Moskau zur Ausbildung außenpolitischer Funktionäre der Sowjetunion geformt war) und diente bei den sowjetischen Grenztruppen an der „Westgrenze“ – beides Schritte eines jungen sowjetischen Nomenklaturfunktionärs, der auf der Leiter nach oben will. In der veränderten Zeit ging er zu weiteren Studien nach Norwegen, nach Strasbourg und in die USA.

Im Jahre 1992 wurde der extrem nationalistische georgische Präsident Gamsachurdia gestürzt. Eduard Schewardnadse – zu sowjetischen Zeiten viele Jahre Innenminister und

Erster Sekretär der KP Georgiens und ab 1985 Außenminister Gorbatschows – wurde als Präsident nach Georgien zurückgeholt. Dieser ließ junge Menschen mit Auslandserfahrungen in die Politik holen. So kam Saakaswili 1995 in die Politik, war Parlamentarier der Präsidentenpartei und Justizminister. 2002 wechselte er zur Opposition, erklärte den Kampf gegen die Korruption zur zentralen Aufgabe und führte 2003 Demonstrationen in Tbilissi an, die zum Sturz Schewardnadses führten. Seit 2004 ist Saakaswili Präsident Georgiens. Im September 2007 gab es öffentliche Anschuldigungen, er wäre in Vorgänge um Bestechung und Auftragsmord verwickelt. Massendemonstrationen in Tbilissi, die seinen Rücktritt forderten, wurden im November 2007 gewaltsam auseinandergetrieben. Am Ende konnte er die Lage nur dadurch beruhigen, dass er zurücktrat und in Neuwahlen einwilligte. Diese fanden am 5. Januar 2008 statt. Es wurde mitgeteilt, er sei mit 53,47 Prozent wiedergewählt. Aus der OSZE-Wahlbeobachtung gab es anschließend widersprüchliche Aussagen: Es sei bei der Auszählung vorsätzlich gefälscht worden bzw. alles in Ordnung gewesen.

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 stand auch der Beitritt Georgiens zur Debatte. Er wurde aufgeschoben mit der Begründung, man wolle keine neuen Konflikte in der NATO haben, wozu sowohl die ungeklärten Probleme in Bezug auf Südossetien und Abchasien als auch die Spannungen zu Russland gerechnet wurden. Zugleich hatten sich in den vergangenen Jahren Rahmenbedingungen geändert. Das Verteidigungsbudget Georgiens hat sich seit Amtsantritt Saakaswilis etwa versiebenfacht. Die USA vergrößerten rasch ihre Militärhilfe und schickten Ausbilder. Osteuropäische Länder wie Tschechien und Litauen lieferten „alte“ sowjetische Waffen, Ausrüstungen und Munition, die USA, Israel und die Türkei neue, z. T. Hochtechnologie-Waffen. Während des Krieges tauchten bei georgischen Einheiten auch moderne deutsche Waffen auf, für die deutsche Behörden nie eine Ausfuhrgenehmigung erteilt hatten. Saakaswili hatte offenbar damit gerechnet, dass er so gerüstet Südossetien und Abchasien militärisch erobern könne, er das Wohlwollen des Westens dafür habe und sich Russland nicht getrauen werde einzugreifen, weil die USA hinter ihm stehen – und er so die Bedingungen schaffen könne, endlich in die NATO aufgenommen zu werden. Sein Hilferuf an die USA war Ausdruck des völligen Scheiterns dieses Kalküls.

Das „Große Spiel“

Das ist die Bezeichnung für den historischen Konflikt zwischen Russland und Großbritannien um die Vorherrschaft in Zentralasien, der im Grunde seit Anfang des 19. Jahrhunderts ausgetragen wurde. Im Zeitalter der Weltkriege des 20. Jahrhunderts spielte er keine wesentliche Rolle mehr in der internationalen Politik, und mit dem Sturz der britischen Herrschaft in Indien 1947 hatte er sich erledigt. Nach dem Ende der Sowjetunion, der Verselbstständigung der kaukasischen und zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken sowie dem Aufmarsch des Westens in Afghanistan und Irak werden oftmals die neuen Konflikte im kaukasischen und zentralasiatischen Raum so bezeichnet, nur dass die USA in die Rolle Großbritanniens geschlüpft sind. Hier spielen Erdöl- und Erdgasinteressen eine Rolle, die die großen westlichen Firmen gegen russische Interessen wahrzunehmen bestrebt sind, wie auch neue Öl- und Gasleitungen. Dazu gehört insbesondere die Pipeline Baku-Tbilissi-Ceyhan, die das Öl des Kaspischen Raums in den Westen bringt, ohne über russisches Territorium zu verlaufen. Auch vor diesem Hintergrund wird Georgien aus westlicher Sicht geopolitisch als wichtig angesehen bzw. sieht sich dieses als in einer für den Westen unverzichtbaren Rolle.

Die US-Regierung Bush sen. hatte der sowjetischen Führung am 9. Februar 1990 die Zustimmung abgerungen, Gesamtdeutschland in die NATO aufzunehmen, ansonsten werde die NATO „ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten“ ausdehnen. Heute sind alle früheren Ostblockstaaten in der NATO und die drei baltischen Republiken, Georgien und die Ukraine wären die ehemaligen Sowjetrepubliken Nr. 4 und 5. Russland sieht dies als sich verengende Einkreisung an, interpretiert in diesem Sinne auch die Stationierung US-amerikanischer Raketenabwehrsysteme in Polen und Tschechien. Das US-Militär in Afghanistan und Irak wird ebenfalls als Teil dieser neuerlichen Einkreisung betrachtet. Das Agieren Russlands im Konflikt mit Georgien steht auch in diesem Kontext.

Ich halte es jedoch für falsch, alles das, was hier jetzt geschehen ist und noch geschehen wird, nur als Teil des „Großen Spiels“ zu betrachten. Es gibt meines Erachtens weiterreichende, aber auch konkrete, regional spezifische Gesichtspunkte, die sich zunächst festhalten lassen. Das ist *erstens* die Tatsache, dass

die USA während des gesamten Konflikts weit davon entfernt waren, direkt militärisch zu intervenieren. Das heißt, auch die USA gehen davon aus, dass ein militärischer Konflikt mit Russland vermieden werden muss – das „atomare Patt“ aus der Zeit des Kalten Krieges wirkt weiter. Zugleich zeigt sich, dass die USA zu weiteren Kriegen – neben Irak und Afghanistan – derzeit nicht in der Lage sind. Es hat wahrscheinlich unter Bush jun. eine Überdehnung der strategischen Mittel und Kräfte der USA stattgefunden, die das „imperiale Zeitalter“ der USA, über das seit zehn Jahren und länger diskutiert wurde, der Vergangenheit angehören lassen.

Zweitens werden Schritte, die sich geopolitisch und geökonomisch gegen Russland richten (bekanntlich gibt es im Westen zwei Konzeptionen: mit dem realexistierenden Russland auf der Basis wechselseitiger Interessen gut zusammenzuarbeiten vs. es möglichst weiter zu schwächen, durch militärische, wirtschaftliche und politische Schrittfolgen), auch künftig, wenn überhaupt, nur indirekt unternommen werden. Das jetzige Russland beweist jedoch, dass es wieder zu Konter-Aktionen fähig ist. Das bedeutet jedoch nicht, dass es jemals wieder eine Rolle einnehmen wird, wie sie die Sowjetunion zwischen 1945 und 1989 innehatte. Insofern sind angesichts des Fiaskos der Politik Saakaswilis alle Unkenrufe völlig verfehlt, es handele sich um die Wiederherstellung des sowjetischen oder russischen Imperiums. Das ist Propaganda, nicht aber Ausdruck einer realistischen Einschätzung der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse.

Das Problem des Nationalismus bleibt *drittens* in Europa virulent. Präsident Medwedjew und Ministerpräsident Putin haben absichtlich die Argumentationen des Westens in Bezug auf Serbien und Kosovo umgekehrt. Der Vorwurf des Völkermordes gegen die frühere jugoslawische Regierung hatte bekanntlich nicht erhärtet werden können, wie auch der „Auschwitz“-Vergleich durch den früheren deutschen Außenminister Fischer völlig abseitig war. Diese Argumentationsfigur diente jedoch dazu, den Kosovo, der ebenfalls nur autonomes Gebiet innerhalb Jugoslawiens war – wie Südossetien innerhalb Georgiens, von Serbien abzutrennen und zu verselbstständigen. Indem die russische Führung von versuchtem Völkermord durch Georgien redete, leitete sie daraus ab, nun sei Südossetien der Verbleib in Georgien nicht zuzumuten. Im Westen spricht man derweil von der territorialen Integrität Georgiens, die nicht verletzt

werden dürfte – und meint damit den Verbleib Südossetiens und Abchasiens innerhalb Georgiens. Das ist unehrlich, weil genau das Gegenteil im Kosovo getan wurde. Wenn umgekehrt Russland nun als Verteidiger der ossetischen Selbstständigkeit auftritt, ist dies nicht minder unehrlich, hat es doch Tschetschenien genau diese mit militärischen Mitteln verweigert – also das getan, womit Schaakaswili gerade scheiterte.

Viertens bleibt hinzuzufügen, dass auch die innenpolitische Situation Russlands berücksichtigt werden muss. In Nordossetien ist das Verhältnis zu Südossetien eine Frage der Identität und des „Rechts auf Wiedervereinigung“ (das in Deutschland 1990 umgesetzt wurde). Der Moskauer Regierung blieb nichts anderes übrig, als hier Schutz zu bieten. Es war eine Frage der inneren Stabilität innerhalb des Vielvölkerstaates Russland. Der Westen wäre also gut beraten, die Unabhängigkeit Südossetiens (und Abchasiens) von Georgien in den Blick zu nehmen, wie zuvor die Kosovos von Serbien. Dann kann man über einen NATO-Beitritt des verbleibenden Georgiens reden, wie man jetzt Serbien ohne Kosovo eine EU-Beitrittsperspektive bieten möchte. Das setzt voraus, dass eine NATO überhaupt gebraucht wird. Dies jedoch wäre wieder eine andere Diskussion.



Weiterlesen:
Konferenzbericht
„Der Kaukasuskrieg“ auf S. 152



Zerstörter russischer Panzer in Zchinwali, Südossetien, 16.8.2008

Quelle: RIA